

„Parlamentarisches“ Gezänk.

Von einem gelegentlichen parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Vor großen und kleinen Anträgen weiß der Reichstag sich kaum noch zu retten. Die großen haben vor den kleinen den Vortritt, daß sie sehr rasch, binnen wenigen Tagen nach ihrer Einbringung an die Reihe kommen, gleichviel ob die Zeit für ihre Beantwortung, vom rein sachlichen Standpunkt aus gesehen, schon gekommen ist oder nicht. Kein Wunder deshalb, daß sie manchmal ausgeben wie das Hornberger Schiefen. So kürzlich die Interpellation wegen der Sozialisierung des Verkehrs, über die gerade noch im Reichswirtschafts- und Reichsfinanzrat so entscheidende Verhandlungen in der Schwebe sind, daß es keinen Sinn haben kann, sie durch anderweitige parlamentarische Aktionen zu fördern. Auch in bezug auf die soeben behandelte sozialdemokratische Interpellation über die Kapitalerhöhungen aus Deutschland sind Verhandlungen, wenn auch ganz anderer Art. Hier sind Staatsanwaltschaft und Gerichte mit der Klärung des Tatbestandes beschäftigt, sehr ansehnlich sogar beschäftigt. Der Reichstag hätte also solange Zurückhaltung üben sollen, bis diese Ermittlungen abgeschlossen waren und die Götter der Gerechtigkeit ihr Werk getan hätte. Aber die politische Ungeduld unserer Tage ist viel zu groß, um sich einen Stoff auch nur für kurze Zeit entzagen zu lassen, von dem man sich starke Wirkungen versprechen zu können glaubt. Also ging es mit vollen Sätzen in Debatten hinein, von denen man hinterher vielleicht wird sagen müssen, daß es besser gewesen wäre, wenn man sie sich geschenkt hätte.

Das Neue, was der Reichstag nunmehr über die bisherigen Ergebnisse des strafrechtlichen Verfahrens gegen die holländische Firma mit dem langen Namen erfährt, war die Mitteilung des Reichsfinanzministers, daß die finanziellen Interessen des Reichs gegenüber allen denjenigen Steuerzahlern, die als Kunden dieser Firma festgestellt wurden, in der weitestgehenden Weise sichergestellt worden sind. Darüber hinaus näher auf die Einzelheiten des Falles einzugehen, mußte der Reichsfinanzminister ablehnen. Nur in einem Punkte widersand er nicht dem Anreize, von seinem Wissen wenigstens kleine Andeutungen zu geben. Insofern nämlich, als er davon sprach, daß der Firmeninhaber vom früheren Kronprinzen in einem Falle als Briefträger für die Kronprinzessin benutzt worden sei. Etwas wenig, solange man nicht weiß, welchen Inhalt dieser Brief gehabt hat, und ob damit gegen irgendwelche Gesetze oder auch nur gegen irgendwelche Anstandsverpflichtungen verstoßen worden ist. So ging die Aussprache mehr und mehr in eine Art Höhenjollerdebatte über, und die Gemüter erregten sich, als wenn es sich um die Frage gehandelt hätte, ob wir heute oder morgen schon wieder zur Monarchie zurückkehren wollten. Abg. Scheidemann warf dem volksparteilichen Professor Kahl vor, daß er mit seiner Versicherung, die hier verdächtigsten Mitglieder der ehemals kaiserlichen Familie würden völlig gereinigt aus dem Verfahren hervorgehen, in ein schwebendes Verfahren eingegriffen hätte und die Unparteilichkeit der Gerichte gefährde. Doch ebenso gut, wie man von der Reichstagstribüne aus gegen Leute, die einseitig nur in den Verdacht strafbarer Handlungen gekommen sind, die strengsten Strafen fordern darf, kann die Gegenseite ihrer Überzeugung Ausdruck geben, daß das gerichtliche Verfahren ihre Unschuld beweisen werde. Aber in der Hitze der Leidenschaft geht fast stets bei diesen Kämpfen, mögen sie haben oder drüben stehen, der Sinn für Gerechtigkeit, für Unparteilichkeit nur zu schnell in die Brüche, und so genau man den Spalt im Auge des politischen Gegners sieht, so wenig Gefühl hat man oder zeigt man für den Fall im eigenen Auge. So kam es schließlich wieder einmal zu recht unwürdigen Schimpfen zwischen rechts und links, bei denen sich die militärischen Parteien, Zentrum und Demokraten, offensichtlich zurückhielten, weil ihnen ganz gewiß nichts weniger als wohl dabei zumute war. Schade, daß nicht auch die Extreme auf der rechten wie auf der linken Seite des Hauses diesem Beispiel folgten.

Die Zeit des Reichstags hätte sich ungewisslich näher verwenden lassen, und daß die ganze Debatte schließlich in ein Gezänk auch zwischen den verschiedenen Parteien der Linken untereinander ausliefe, wer kann sich darüber heutzutage noch wundern, wo alles und jedes, was geschieht und was nicht geschieht, der Parteiüberhebung dienen muß? Kann und vom Reichstag überhaupt noch irgend welche Hilfe kommen in unserer Not?

Einen keinen Anlauf dazu machen wenigstens einmal die Frauen. Von allen weiblichen Mitgliedern aller Parteien ist eine Interpellation eingebracht worden, die danach fragt, ob die Regierung nicht den Entwurf eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes dem hohen Hause noch in dieser Session vorlegen wolle. Sie sind, sagen die Frauen, schmerzlich überrascht, daß von dieser Sache gar nicht mehr geredet werde, „da wir alle wissen, wie notwendig im Interesse unserer Jugend eine möglichst baldige reichsgerichtliche Regelung dieser Materie ist“. Ob die Regierung bereit sei, dem dringenden Verlangen aller Frauen in diesem hohen Hause nachzukommen? So fragen die von Frau Behm von den Deutschnationalen bis zu Frau Radwiz von den Neukommunisten hinüber. Sind das nicht Töne, die man unglaublich lieber vernimmt als das ewige haherische Geschrei der Männer? Haben wir uns nicht schon genug und übergenug getan im Schellen und Schimpfen gegen andere Gesinnung und können wir nicht endlich einmal etwas, nur ein ganz klein wenig von der Liebe reden, von der Liebe für unsere Jugend, die in Gefahr ist wie nie zuvor? Wenn doch die Frauen im Reichstage darüber wachen wollten, daß Interpellationen künftig nur im Geiste der Liebe, nicht um der Sache und um des Hoffes willen eingebracht werden.

Entschiedenenes Dementi des Kronprinzen.

Keine Beteiligung an den Kapitalerhöhungen.

Wie der Amsterdamer Vertreter des B. L. D. von einer dem vormaligen Kronprinzen nahestehenden Seite erfährt, haben sich weder der vormalige Kronprinz noch sein Begleiter Major von Muelbner jemals bewußt oder unbewußt an einer Kapitalerhöhung aus Deutschland nach dem Auslande beteiligt. Die Beziehungen des früheren Kronprinzen zu Herrn Grunfer rühren daher, daß dieser sich dem Kronprinzen nach dessen Abtritt auf holländisches Gebiet als einer der ersten zur Verfügung stellte und ihm aus seiner bedrängten finanziellen Lage dadurch half, daß er ihm 5000 Gulden vorstreckte, um damit über die erste Zeit hinwegzukommen. Seitdem befreit der Kronprinz seinen Lebensunterhalt aus Mitteln, die er vom vormaligen Kaiser bezieht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichsregierung und Südtirol. Halbamtlich wird erklärt: „Die Wiener Montagszeitung will von „vollkommen verlässlicher Seite“ wissen, daß die Haltung der deutschen Regierung in der Südtiroler Frage sich aus einem Geheimvertrage erkläre, in dem Deutschland die Brennergrenze anerkannt habe, wogegen Italien sich verpflichte, die deutschen Interessen bei der oberösterreichischen Abstimmlung nachdrücklich zu unterstützen. Wir können auf Grund von Gerüchten an südtiroler Stelle erklären, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist.“

Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar. Von zulaufender Seite in Oppeln wird bestätigt, daß die Abstimmung in Oberschlesien Montag, den 17. Januar 1921, stattfinden wird. Die deutschen und polnischen Angehörigen der interalliierten Kommission haben ihre Mündigung zum 1. Februar 1921 erhalten. Den Abstimmungsbedingungen, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, werden die Wahlterminen baldmöglichst öffentlich bekanntgegeben werden.

Für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, der durchaus überwiegende Teil der britischen öffentlichen Meinung sei, und zwar sehr mit Recht, für eine Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund sei erfüllt, daß Barnes auf der Völkerbundsversammlung mit solchem Nachdruck dafür eingetreten sei. — Die Anfrage eines in Genf befindlichen Journalisten ergab, daß 24 unter 30 dort vertretenen Staaten der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund günstig gestimmt sind.

Gegen die polnische Willkür. In Beantwortung einer ganzen Reihe polnischer Beschwerden hat die deutsche Regierung nunmehr ihrerseits der polnischen Regierung eine eingehende Aufzeichnung durch die Gesandtschaft in Warschau übergeben lassen, worin auf die Verletzungen und Bedrückungen nachdrücklich hingewiesen wird, denen bis in die letzte Zeit die ohnehin schwer lebende deutschsprechende Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten ausgesetzt ist.

Sammelmappe

Ist bemerkenswerte Tages- und Beispielsammlung.

* Die Abstimmung in Oberschlesien soll bestimmt am Montag, den 17. Januar erfolgen.

* Im Hausauschuss der preussischen Landesversammlung machte Ministerpräsident Braun die Aufsehen erregende Mitteilung, daß er beabsichtige, das Landeskonomie-Kollegium aufzulösen.

* Die Mitteilung des „Matin“, daß Kaiser Wilhelm die Absicht habe, im Schiffe auf Korsu Wohnung zu nehmen, wird jetzt auch von der griechischen Delegation in Paris als völlig unbegründet bezeichnet.

* Das Befinden der vormaligen deutschen Kaiserin hat sich wieder bedeutend ver schlechert, so daß der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sich sofort nach Schloß Doorn begeben haben.

Frauen als Schöffen. Die Preussische Landesversammlung nahm in ihrer 177. Sitzung die Vorlage über erhöhte Anrechnung des von Beamten und Lehrern während des Krieges jurisdiktorischen Dienstes in zweiter und dritter Beratung an; danach wird nunmehr die Kriegsdienstzeit mit dem Anrechnungsdienst angelegt. Dann setzte das Haus die zweite Beratung des Justizhaushaltgesetzes fort. Dabei hielt der Justizminister Am Hof eine lange Rede, die in ihrem weitestgehenden Teile auf die Zurückweisung der sozialdemokratischen Angriffe gegen die Gerichte berechnet war. Im übrigen trat der Minister für Zulassung der Frauen als Schöffen ein. Den Vorwurf der Parteilichkeit der Richter und der Staatsanwälte erklärte er für unhaltbar.

Im die 810 000 Milchkuhe. Von einem nach Berlin zurückgekehrten deutschen Unterhändler, der an den Vorlier Verhandlungen über die von der Entente geforderten 810 000 Milchkuhe beteiligt war, sind etwas tröstlichere Mitteilungen über den Stand dieser Frage hierhergekommen. Es scheint, daß die zahllosen deutschen Verhandlungen gegen diese barbarische Zumutung in Frankreich einigen Eindruck gemacht haben, doch wäre natürlich verfehlt, an diese Versicherungen weitgehende Hoffnungen zu knüpfen.

Deutsch-Österreich.

Auf Frankreichs Wunsch unterblieben? Die Wiener „Donauzeitung“ weiß nachträglich zu den Verhandlungen über die Kabinettsbildung zu melden, die Übernahme des Ministeriums des Äußeren durch den ehemaligen L. und L. Votchkoff in Madrid, Bringen zu Fürstenberg, daran geschleitet, daß die französische Mission in Wien den Wunsch ausgesprochen habe, daß die Berufung einer so ausgeprochen deutschfreundlichen Persönlichkeit zum Leitenden des Ministeriums des Äußeren unterliebe. — Da die Weltung von der im Habsburger Dienste stehenden „Donauzeitung“ ausgeht, erscheint die Prüfung von Wert, ob wirklich die Ablehnung Fürstbergs wegen seiner Deutschfreundlichkeit erfolgt ist.

Polen.

Abbruch der Friedensverhandlungen. Nach einem Telegramm aus Riga sind die russisch-polnischen Friedensverhandlungen abgebrochen worden. Joffe hat dem polnischen Vertreter Dombki eine Note angedreht, in der er erklärt, daß das von beiden Präsidenten der Friedenskonferenz am 14. November unterzeichnete Protokoll kein Vorüberdauerndes zulasse bezüglich der Zurückziehung der polnischen Truppen zur polnischen Staatsgrenze. Joffe erklärt, daß Ribbar nur die Absicht verfolge, eine Vereinigung der Seeer Weltmächte und Balachowitsch zu ermöglichen. Ein solches Austritt sei gleichbedeutend mit einer Weigerung, die im Protokoll vom 14. November übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die weiteren Verhandlungen würden daher so lange unterbrochen werden, bis Polen seine Truppen zurückgezogen habe.

Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. (Schiedspruch für den Kallbergbau.) Im Reichsarbeitsministerium tagte der für die Entscheidung der Lohnstreitigkeiten der Arbeiter im Kallbergbau eingesetzte Schlichtungsausschuss. Es wurde ein Schiedspruch gefasst, nach dem die Schichtlöhne im Kallbergbau um je 1 Mark und (sowohl das Hausstandsgeld wie auch das Kindergeld von 2 Mark auf 3 Mark je Werkarbeitsstag erhöht werden. Alle Erhöhungen gelten vom 1. November d. J. ab.

Zweimal gelebt.

Aus dem Englischen von G. Wehner.
(Nachdruck verboten.)

791

„Nein, Doktor, nein! Wollte Gott, dem wäre so!“ riefte der Baron.

„Sie sehen allerdings gesund aus, gesund in jeder Hinsicht“, versetzte Dr. Romberg, nachdem er seinen Patienten auf das schärfste beobachtet hatte. Wie vorteilhaft Sie sich verändert haben! Wenn ich damals nicht mit eigenen Augen gesehen hätte, in welchem elenden Zustande Sie sich befanden, ich würde eine solche — solche Wiedergeburt möchte ich sagen — wirklich nicht für möglich halten. Sie sehen frisch und jung aus, sind voller und breiter geworden, und was für Muskeln Sie haben! Wunderbar — einfach wunderbar!“

Dr. Romberg hatte die Arme seines Patienten gefasst und gedrückt und glitt mit der Hand nach seinem Handgelenk hinab, um auf den Puls zu fühlen. Er schlug ganz ruhig und normal.

„Ich bin wirklich ganz gesund“, bemerkte Arstein mit traurigem Lächeln, als er das kleine Mandorl Rombergs beobachtete. „Ich bin so froh, daß Sie hier sind. Ich kann Sie wenigstens teilweise in mein Vertrauen ziehen. Darf ich?“

„Wenn Sie mir Ihr Vertrauen nur teilweise schenken, wird es schwer für mich sein, Ihnen zu raten“, gab der Arzt ernst zurück.

„Wollen Sie mich trotzdem anhören?“

„Gewiß, ich will.“

„Also die Sache ist die“, begann der Baron, indem er sich erhob. „Ein Engel und ein Teufel kämpfen heute um eine Seele.“

„Kommen Sie, lieber Freund, Sie übertreiben die Dinge“, mahnte Dr. Romberg eindringlich.

„Nein, nein, ich übertreibe nicht! Ich kämpfe den schwersten Kampf, den nur je ein Mensch mit sich gekämpft! Vielleicht

gehe ich geküßelt aus demselben hervor — im gegenwärtigen Augenblick aber, ich gestehe es frank und frei — ist die Stimme des Guten in mir recht schwach, und das Böse scheint den Sieg davonzutragen zu wollen.“

„So müssen Sie eben mit aller Kraft gegen das Böse ankämpfen! Es ist doch kein Zweifel, daß Sie das Rechte tun müssen. Und wenn der Kampf noch so hart ist! Sie sagen, Sie besitzen ein Geheimnis; dieses ist zweifellos die Quelle Ihres Unglücks. Es birgt also Recht und Unrecht in sich?“

„Ja, ein sehr großes Recht — und ein sehr bitteres Unrecht.“

„So seien Sie ein Mann, Arstein! Hören Sie nicht, sondern tun Sie, was recht ist!“

Der Baron erbleichte jäh und taumelte fast zurück.

„Sie sind die zweite Person, die heute hierherkommt und mir das fogel!“ hauchte er tonlos.

„So reden Sie doch!“ drängte Dr. Romberg. „Erleuchten Sie Ihr Herz!“

„Wenn ich mein Herz erleuchtete, wird Marga das Herz brechen und unser Haus ist ruiniert.“

„Und Sie?“

„Ich — ich gehe dabel zu Grunde.“

„Ich möchte es denn doch sehr bezweifeln, daß ein so tapferes, edles Herz, wie das Ihrer Frau Gemahlin, brechen wird, wenn Sie den rechten Weg einschlagen“, erwiderte Romberg ernst. „Eher glaube ich, daß dies geschehen wird, wenn Sie ein bitteres Unrecht begehen.“

„O mein Gott, mein Gott!“ ächzte der Baron. „Wird diese Qual denn nimmer enden? Alle reden mir zu, den rechten Weg zu wohnen — der nur Verderben und Unglück über mich bringen kann! Ach, Doktor, Doktor! Sie waren es, dessen Verstand mich auf den Weg der Genesung führte! Hätten Sie mich doch sterben und verderben lassen, mir wäre jetzt wofür! Ich wäre entweber längst tot oder wappsummig! Und mein Weibemal wäre mit mir —“

Ein Geräusch an der Tür ließ ihn abbrechen. Gleich darauf erdachte ein schüchternes Klopfen.

„Wer mag uns jetzt stören?“ fragte der Baron erschrocken.

„Ich werde nachsehen“, sagte Dr. Romberg.

Er schritt schnell durch das weite Zimmer und öffnete.

Eine weibliche Gestalt mit engelhaftem, leichenblassem Gesicht stand vor ihm, ihr Haar hing wie ein Sitta und Schlang.

„Ist der Baron hier?“ fragte sie in wilder Hast. „Ja.“

„Ich sehe ihn — ich muß ihn sprechen — aber allein — allein.“

„Sie wollen über die Schwelle.“

„Ich muß Sie sprechen, Herr Baron — riefte sie sofort.“

„Sehen Sie, Doktor, dieser Besuch steht in Zusammenhang mit dem Kampf, der in mir tobt“, sagte Arstein mit dumpfer Stimme zu Romberg. „Sehen Sie sich, Hedwig, lieber Doktor, bitte, lassen Sie mich wieder allein!“

XXIV.

Hedwigs Bewußtlosigkeit dauerte nur wenige Minuten. Ihr Verstand war scharf genug, um sie schnell begreifen zu lassen, was geschehen war. Die dunkle Blässe, welche sie Georg ins Glas getan, hatte ihn getödet. Mit anderen Worten: sie — sie selber — hatte ihn getödet! Ja, es war kein Zweifel, er war tot! Sie hatte vor langer Zeit ihre Mutter sterben sehen, sie hatte hier und da am Sarge eines Bekannten gestanden. Die Ralte, die furchtbare Starrheit, die weißbore Gesichtsfarbe — das alles sprach zu deutlich dafür, daß hier nicht nur nicht der leiseste Hoffnungsschimmer vorhanden sei, sondern daß Tod bereits vor längerer Zeit eingetreten sein müsse.

(Fortsetzung folgt)